

DEUTSCHER BUNDESTAG

16. Wahlperiode
Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Berlin, 15. Juni 2007

Tel.: 227-33011 (Sekretariat)
Fax: 227-36008 (Sekretariat)
Tel.: 227-30304 (Sitzungssaal)
Fax: 227-36304 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Die 40. Sitzung
des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
findet statt am

Mittwoch, 20. Juni 2007, 9.00 bis 11.30 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus, Berlin
Sitzungssaal: E.800

Öffentliche Anhörung zum Thema
„Bildung in Entwicklungsländern“

Sachverständige:

Desmond Bermingham	Weltbankinitiative
Susanne Schroth	KfW
Dr. Hans-Heiner Rudolph	GTZ
Dr. Günter Roos	InWEnt
Prof. Dr. Theodor Hanf	Universität Freiburg

I. Ausgangsthesen:

Weltweit können fast 862 Millionen Kinder und Erwachsene nicht lesen und schreiben. Allein 121 Millionen Kinder – dies entspricht 20 Prozent aller Kinder im schulpflichtigen Alter – haben keine Möglichkeit zur Schule zu gehen. Auch die **Analphabetenrate** bei Erwachsenen ist, trotz des deutlichen Rückgangs in den letzten 50 Jahren, gerade in den Entwicklungsländern noch besonders hoch. Im Prozess der Globalisierung bedeutet dies auch eine Verstärkung der Kluft zwischen den reichen Industriestaaten und den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Jedem siebten Menschen weltweit ist der Zugang zu einer **grundlegenden Schulbildung** verwehrt. 85 Prozent der Schreib- und Leseunkundigen sowie derjenigen, die keine Möglichkeit haben eine Ausbildung zu absolvieren, leben in Entwicklungsländern. Frauen sind auf Grund dessen zu zwei Drittel von Bildung ausgeschlossen.

Bessere Bildung und Ausbildung bedeuten nicht nur mehr Zukunftschancen für den Einzelnen. Bildung ist vielmehr eine wesentliche Bedingung für die Entwicklung einer Gesellschaft. **Bildung macht gesellschaftliche Teilhabe für alle möglich und ist somit wesentliche Voraussetzung für Frieden und Demokratie.** Die positiven Auswirkungen von Bildung reichen von wirtschaftlichen Aspekten über die Etablierung einer gefestigten Zivilgesellschaft, der Förderung von Gesundheit und der Gleichstellung der Geschlechter bis hin zu den Millenniumszielen, z.B. bei der Armutsbekämpfung.

- Das Lesen von Zeitungen ermöglicht es, sich über politische Geschehnisse zu informieren und schafft die **Grundlage für politische Partizipation** und Handeln. Gerade Bildung ist das Fundament für eine aufgeklärte und selbstbewusste **Zivilgesellschaft** und damit für mehr **Demokratie**.
- Fehlende Fachkräfte in Entwicklungsländern behindern den Ausbau der einheimischen **Wirtschaft**. Laut Untersuchungen der OECD gibt es eine enge Beziehung zwischen den Ausgaben für weiterführende Schul- und Hochschulbildung und der Wirtschaftsentwicklung eines Landes.
- Studien haben gezeigt, dass besser gebildete Frauen weniger und gesündere Kinder bekommen. Dies trägt zur Familienplanung und zur Verringerung der Kindersterblichkeit bei. Voraussetzung für eine erfolgreiche **Gesundheitspolitik** sind entsprechende Bildungsmaßnahmen. So werden Verbesserungen in der hygienischen oder Ernährungssituation nur durch entsprechende Aufklärungsmaßnahmen erreicht.

- Im Millenniumsziel Nummer zwei wird eine vollständige [Primarschulbildung](#) für alle Jungen und Mädchen dieser Welt gefordert. Verstärkend dazu soll – gemäß dem Millenniumsziel Nummer drei – die **Gleichstellung der Geschlechter** erreicht und die Rolle der Frauen gestärkt werden.

Das Thema Bildung und Entwicklungspolitik beinhaltet vielfältige Problemkreise. Viele Familien in den ländlichen Regionen können die finanziellen Mittel für Bildung nicht aufbringen. Oft werden die Kinder auch als Arbeitskräfte in den Familien gebraucht und damit vom Schulbesuch abgehalten. Auch die langen und gefährlichen Wege zur Schule sind ein Hemmnis. Viele Schulen in den betroffenen Ländern sind nicht ausreichend mit aktuellem Lehr- und Lernmaterial versorgt. Die Schulgebühren und Ausbildungskosten nehmen tendenziell von der Sekundarstufe I und II zu. Diese Tatsache verschärft zusätzlich die ohnehin schon vorhandene hohe Selektivität, die auf ethnischen, geschlechtsspezifischen, sozialen, wirtschaftlichen und geographischen Kriterien beruht.

Oftmals herrscht eine Diskrepanz zwischen dem öffentlichen und privaten Schulsektor. Dabei sind öffentliche Schulen nicht selten unterfinanziert und Lehrkräfte können nur mit Hilfe von Nebentätigkeiten ihren Lebensunterhalt bestreiten. Auch im Hochschulbereich sind ähnliche Ungleichheiten zu verzeichnen. Die weit verbreiteten privaten Hochschulen sind für einfache Bevölkerungsschichten nicht finanzierbar. Darüber hinaus ist die Abwanderung von gut ausgebildeten Hochschulabsolventen problematisch. Fachkräfte, aber auch Lehrer, die für eine nachhaltige Entwicklung wichtig sind, fehlen damit.

Nicht nur der Aufbau und Erhalt der schulischen und universitären Ausbildungsstätten und die Schaffung eines flächendeckenden Zugangs zu diesen Bildungseinrichtungen stellt viele Länder vor große Herausforderungen, auch die Qualifizierung junger Erwachsener jenseits formaler Bildungsinstitutionen ist dringend nötig.

Die Weltgemeinschaft hat sich verpflichtet, die im Jahre 2001 formulierten **Millenniumsziele** (Millennium Development Goals – MDGs) bis zum Jahr 2015 zu verwirklichen. Ausgehend von der These, dass Bildung als Voraussetzung für Teilhabe wesentlich für die demokratische und friedliche Entwicklung eines Landes ist, soll in der Anhörung über Strategien, Programme und Fortschritte der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Bildung informiert und diskutiert werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Frage nach der Koordination der einzelnen durchführenden Organisationen und Geberländer (Nachhaltigkeit in Finanzierung und Exit-Strategie).

II. Themen und Struktur der Anhörung:

Die Anhörung gliedert sich in fünf Foren: Geberkoordinierung und -Strategie, schulische Ausbildung, informelle Bildung, Aus- und Weiterbildung, Menschenrechts- und Demokratieerziehung.

Ausgangspunkt der Anhörung ist die grundsätzliche Frage nach den zurzeit vorhandenen Ansätzen der Bildungspolitik in der Entwicklungszusammenarbeit. Nötig ist dabei immer im Auge zu behalten, dass gerade auf dem Sektor der Bildung ein Nebeneinander verschiedener Geber in einem Land zu größeren Schwierigkeiten führt und die Frage der Geberkoordinierung deshalb besondere Aufmerksamkeit erhalten muss. Wichtig ist es, neben Fragen der schulischen Bildung auch Fragen der informellen Bildung und der Weiterbildung aufzugreifen. Die Experten sollten Anregungen geben können, inwieweit diese Bildungsmaßnahmen sich auf Fragen der Gesundheitspolitik, der Gleichstellung der Geschlechter, der Entwicklung zivilgesellschaftlichen Lebens und demokratischer Institutionen, der Belebung des Wirtschaftslebens und somit der Armutsbekämpfung auswirken können.

Thilo Hoppe, MdB
Vorsitzender